

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

Einbandgestaltung: René Hübner
Coverabbildung: Seil mit Knoten, Adobe Stock
Satz und Layout: René Hübner
Lektorat: Sebastian Diziol

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

ISBN: 978-3-947064-01-4
© Solivagus Præteritum, Kiel 2018
www.solivagus.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Der Nachdruck oder die Übersetzung des Werkes als Ganzes oder seiner Teile, sowie die Verarbeitung in elektronischen Datenverarbeitungs- und Kommunikationssystemen, seine Vervielfältigung oder Verbreitung durch jedwedes Verfahren sind ohne schriftliche Genehmigung des Verlages untersagt.

Gedruckt in der EU.

Der Dakar-Prozess
Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika

Ulrich van der Heyden

Solivagus Præteritum
Kiel 2018

SOLIVAGUS
Præteritum 

INHALT

DANKSAGUNG	7
VORWORT VON IAN LIEBENBERG	8
DIE POLITISCHE SITUATION IN SÜDAFRIKA UM DIE MITTE DER 1980ER JAHRE	18
DIE ANNÄHERUNG	28
DIE DAKAR-KONFERENZ IN DER WISSENSCHAFTLICHEN LITERATUR	32
DIE VORGESCHICHTE	42
DIE ZUSAMMENSETZUNG DER TEILNEHMER DER DAKAR-KONFERENZ	52
ZUM VERLAUF DER DAKAR-KONFERENZ	59
RÜCKBLICK: DIE ANBAHNUNG DER GESPRÄCHE	72
DIE ROLLE MOSKAUS	80
DIREKTE AUSLÄNDISCHE UNTERSTÜTZUNG DER DAKAR-GESPRÄCHE	84
ERGEBNISSE DER GESPRÄCHE IN DAKAR	86
DIE KONFERENZ IN LEVERKUSEN	93
DAS ZIMBABWE INSTITUTE FOR SOUTHERN AFRICA	108
FAZIT	III

ANHANG

EDITION VON VIER DOKUMENTEN	113
ANMERKUNGEN	140
LITERATURVERZEICHNIS	159
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	174

DANKSAGUNG

Dem Verfasser ist es durchaus bewusst, dass er mit dieser im vorliegenden Buch behandelten historischen Thematik nicht ein abgeschlossenes Kapitel südafrikanischer oder sogar globaler Geschichte behandelt. Denn die Auswirkungen des 1987 in der senegalesischen Hauptstadt Dakar eingeleiteten Prozesses zur friedlichen Überwindung eines politischen Konflikts im Land am Kap sind bis heute zu spüren. Die Lehren aus diesem Prozess können durchaus für die Zukunft für andere Regionen von Bedeutung sein.

Eine Sicht von „außen“ auf die Bedingungen des Zustandekommens des südafrikanischen Transitionsprozesses, in Dakar begonnen, wären sicherlich nicht möglich gewesen, wenn ich nicht weitere vielfältige Hilfe und Ratschläge bei der Erarbeitung der vorliegenden Studie erfahren hätte. Ich danke für wertvolle Hinweise vor allem Gerhart Raichle, Ian Liebenberg und Irina Filatova. Jannie Gagiano stellte freundlicherweise einige Fotos zur Verfügung. Hilfe leisteten bei der Entstehung des Buches die Bibliothekare und Archivare der konsultierten Einrichtungen.

Nicht zuletzt gilt mein Dank meiner Mitarbeiterin Cornelia Beyer sowie dem Verlag Solivagus Praetorium, insbesondere dem Lektor Sebastian Dziol.

Ich bin jedoch den größten Dank einem Mann schuldig, der sich bis ins Rentenalter hinein mit den hier behandelten Fragestellungen, auch emotional, mit großer Verve auseinandersetzt. Es sei Dr. Klaus Freiherr von der Ropp ausdrücklich dafür gedankt, dass er mich auf die Problematik sowie auf die in seinem Besitz befindliche Kopie des im Anhang abgedruckten Dokuments aufmerksam gemacht hat. Auch dies hätte nicht gereicht, mich mit der Dakar-Konferenz und den Folgetreffen eingehender zu beschäftigen, hätten wir nicht insgesamt gesehen darüber stundenlange Telefonate geführt und hätte er mir nicht die Türen zu einigen Teilnehmern und zu neuen Erkenntnissen über Geschichte und Politik Südafrikas geöffnet. Hierfür, wie auch für so manchen anderen freundschaftlichen Ratschlag, drücke ich ihm meinen tiefempfundenen Dank aus.

Ulrich van der Heyden
im Oktober 2017

VORWORT

·8·

Die Dakar-Gespräche im Jahre 1987 waren ein kontroverses Ereignis. Sie erhielten viel positive Resonanz in der internationalen Presse und auch einigen Zuspruch in den südafrikanischen Medien, fast ausschließlich in den englischsprachigen. Das Treffen in Dakar wurde aber in Südafrika zugleich harsch kritisiert, besonders in der afrikaanssprachigen Presse, die überwiegend Anhänger der Nationalen Partei unter Präsident Pieter Willem Botha war. Die dortigen Meinungsmacher waren der Ansicht, dass das „weiße Südafrika“ ein belagerter Staat sei, der ständigen „totalitären kommunistischen Angriffen“ ausgesetzt ist. Es fanden sich einerseits Schlagzeilen wie „Dakar can show the way“, „Exciting stage in history“ und „History made in Dakar“. Allerdings würdigten auch Zeitungen mit überwiegend „schwarzen“ Redaktionen, wie die „City Press“, das Ereignis. Dagegen reagierten die „weißen“ Presseorgane überaus negativ – teilweise gar wütend. Sie nannten die mehrheitlich afrikaanssprachigen Südafrikaner, die nach Senegal gereist waren, „Reisende ins Nirgendwo“, „naiv“, „fehlgelitet“, „nützliche Idioten von Moskau/dem ANC“ und „Komplizen der Terroristen“. Es wurde gar angedeutet, dass ein Treffen mit dem African National Congress (ANC) Hochverrat sei und die Regierung entsprechende Schritte gegen „diese Leute“ einleiten solle. Der Vorsitzende der rechten Afrikaaner Weerstandsbeveging (AWB), Eugene Terreblanche, verkündete zornig: „Man spricht nicht mit Kommunisten! Man erschießt sie!“

Dreißig Jahre nach der Dakar-Konferenz ist es nun an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen und das Ereignis, seine öffentliche und wissenschaftliche Wahrnehmung, seine Ergebnisse und seine heutige Bedeutung zu analysieren.

Kürzlich wurde deutlich, dass die Dakar-Konferenz in Westafrika nicht vergessen ist. Zwischen dem 11. und dem 14. Juli 2017 wurde mit einem Treffen unter dem Motto „Die Macht des Dialogs – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ im Gorée Institute an den 30. Jahrestag der damals unter der Schirmherrschaft des senegalesischen Präsidenten Abdou Diouf stehenden Konferenz erinnert (*La force du Dialogue: Hier, aujourd'hui et demain*). Aus diesem Anlass wurde nunmehr ein Abkommen über eine Städtepartnerschaft zwischen den Inseln Gorée und Robben Island unterzeichnet. Gorée galt stets als Symbol des transatlantischen Sklavenhandels und des Kolonialismus. Robben Island ist ein Symbol der Unterdrückung durch die Apartheid, die von manchen Historikern als „Sonderform des Kolonialismus“ bezeichnet wird.

Es gab ebenso in Südafrika ein Wiedersehen der damaligen Dakar-Teilnehmer zum 30. Jahrestag auf einem Weingut bei Stellenbosch. Die Diskussionen dort drehten sich um andere Themen, vor allem darum, was manche von ihnen als Wegnahme der Rechte der weißen afrikaanssprachigen Bevölkerung bezeichnen, vornehmlich weil sie ihre Sprache und ihre kulturellen Werte im heutigen Südafrika bedroht sehen. Andere Teilnehmer betonten, dass es nach Beseitigung der Apartheid einen großen sozialen Fortschritt in Südafrika gegeben habe. Gleichzeitig machten sie deutlich, dass es eine Vielzahl weit schwerwiegenderer politischer und ökonomischer Herausforderungen im Land gebe als eine Diskussion über den Schutz des Afrikaans. Denn weit wichtiger ist die Lösung der sozioökonomischen Probleme. Es gibt eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, was eine Herausforderung an den Geist der Verfassung und ihre festgeschriebenen Rechte darstellt. Diese müssen bewahrt und vertieft werden, damit die Demokratie in Staat und Gesellschaft erhalten und gestärkt werden kann. In der Diskussion kam zudem zum Ausdruck, dass die alten Werte der prinzipiellen Ablehnung des Rassismus in allen seinen Formen viel mehr direkte Aufmerksamkeit in einem noch immer nach Hautfarben getrennten Land verdient. Außerdem sei es notwendig, nach Wegen zu suchen, um die schwerwiegenden Probleme der Kriminalität und der grassierenden Korruption zu bekämpfen.

Als die Dakar-Konferenz im Juli 1987 stattfand, befand sich die südafrikanische Gesellschaft in einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt. Seit den 1950er Jahren kämpften der ANC und zahlreiche weitere Organisationen mit Methoden des zivilen Ungehorsams dafür, die vollen politischen und Bürgerrechte für alle Einwohner des Landes zu erlangen. In den frühen 1960er Jahren nahmen der ANC und der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) den bewaffneten Kampf auf, der bis 1990 andauerte. Der politische Konflikt der 1980er Jahre führte zu Tausenden Toten, Inhaftierungen und zur Zerstörung von privatem und gesellschaftlichem Eigentum. Der Konflikt drohte sich in einen regelrechten Bürgerkrieg ohne absehbares Ende auszuweiten. Darunter litt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die südafrikanische Wirtschaft schwer, ja sie stand bedrohlich nahe am Abgrund, wozu auch die Besetzung Namibias und der Krieg in Angola beitrugen. Die ohnehin schon geschwächte, mit internationalen Sanktionen und politischer Isolation konfrontierte Wirtschaft wurde dadurch weiter geschröpft. Die Befreiung von der Apartheid durch demo-

kratische Wahlen war für die gesamte Bevölkerung Südafrikas eine scheinbar unendlich weit entfernte Vision. Der zunehmend militarisierte Staat, immer ausgeklügeltere Gesetze sowie die Verhängung von immer neuen Ausnahmezuständen machten ein normales Leben nahezu unmöglich.

·10· Es entstand eine Pattsituation zwischen dem ANC und den anderen Befreiungsorganisationen auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite, welche das Land hätte zum Ausbluten bringen können. Selbst in langfristiger Perspektive war kein Sieger der südafrikanischen Realpolitik in Sicht.

Inmitten dieser explosiven Pattsituation fand im Juli 1987 die Dakar-Konferenz statt. Dieses Ereignis war der Versuch, eine unter vielen Optionen auszuwählen, um schließlich eine politische Lösung zu erreichen. Das Land stand vor drei Alternativen:

1. Eine ausländische Intervention, die vermutlich desaströse Auswirkungen gehabt hätte; alleine aufgrund der militärischen Kapazität des Apartheidregimes. Außerdem unterstützten viele westliche Staaten den Apartheidstaat, auch wenn sie dessen Politik ablehnten und sie öffentlich verurteilten. Ein in früheren Zeiten gescheiterter Versuch, den Apartheidstaat zum Einlenken zu bewegen, war der Besuch der Commonwealth Eminent Persons Group (EPG) in Südafrika 1985, der gezeigt hatte, dass ausländische Interventionen ihre Grenzen besitzen. Keine positiven Auswirkungen hatte auch die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Darin sollten die Maßnahmen benannt werden, die zur Überwindung der Apartheid notwendig seien. Über die bereits verhängten Sanktionen hinaus kam sie jedoch zu keinem sichtbaren Ergebnis.
2. Die zweite Option, favorisiert von den „Falken“ auf beiden Seiten des Kampfes, waren die fortgesetzte Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit sowie die Militarisierung der „weißen Wirtschaft“ auf der einen und eine Volksrevolution, Massenaktionen und revolutionärer Krieg auf der anderen Seite. Das hätte das Land in eine katastrophale Zukunft geführt.
3. Die schrittweise vorsichtige Annäherung durch Treffen zwischen Unterstützern der Opposition und der Regierung, um somit eine Form von Vorabdialog zu etablieren, der zu echten Gesprächen führen und schließlich einen Weg in Richtung einer friedlichen Überwindung der Apartheid führen könnte. Professor Hendrik W. van der Merwe, Direk-

tor des Zentrums für Intergroup Studies an der Universität Kapstadt, arbeitete bereits seit den 1970er Jahren intensiv an einer solchen Lösung. Dahinter stand die Philosophie, dass es notwendig ist, mit seinen Feinden zu sprechen, um in einem Konflikt vermitteln und eine Lösung finden zu können. Van der Merwes Arbeit spielte eine wichtige Rolle als eine Art parallele interne Konfliktlösungsoption, konnte aber trotz einigen Zuspruchs in der südafrikanischen Bevölkerung letztlich nicht den entscheidenden Ausschlag geben. Das gleiche Schicksal teilten entsprechende Bemühungen der Quäker und anderer kirchlicher Führer.

· 11 ·

Die verschiedenen Ideologien in Südafrika befanden sich in einem erbitterten Konflikt und der Kampf um politische Macht betraf alle Menschen in Südafrika, Namibia und den angrenzenden Staaten. Was dringend gebraucht wurde, war also ein Ereignis, das tatsächlichen Einfluss auf die festgefahrenen Fronten Südafrika ausüben konnte.

Dieses Potenzial ergab sich, als Dr. Frederik Van Zyl Slabbert und nach ihm Dr. Alex Boraine als Mitglieder der Opposition von ihren Sitzen im Parlament mit seinem nach „Rassen“ getrennten Dreikammersystem zurücktraten. Van Zyl Slabbert nannte damals die Versuche einer politischen Reform durch die Regierung zurecht eine „Scheinreform“. Prof. Willem van Vuuren, Politikwissenschaftler an der Universität des Westkaps, bezeichnete die begrenzten Reformen der Regierung als den Prozess „[of] turbo-charging constitutional failure“. Denn die als Lösung der Probleme angekündigte Reform der Regierung versagte schwarzen Südafrikanern das volle Bürgerrecht und führte strenge von oben oktroyierte Sicherheitsmaßnahmen ein.

Slabbert und Boraine hatten 1986 das Institut für eine Demokratische Alternative für Südafrika (Idasa) als eine Institution zur Förderung der Demokratie gegründet. Idasa war weder eine politische Bewegung noch eine politische Partei. Aufgrund seiner Rechtsform konnte Idasa keine tragende Rolle bei einer der drei aufgeführten Optionen zur Lösung des Konfliktes einnehmen. Es hatte keine genau definierte Gruppe von Anhängern und keinen realen politischen Einfluss. Alles, was es hatte, war der Wille seiner Mitarbeiter und Anhänger, eine Veränderung im Land herbeizuführen. Das Institut entschied sich dafür, öffentlich als eine Institution zur Förderung der Demokratie und nicht als eine Bewegung aufzutreten. Idasa war mutig genug, eine oppositionelle Rolle

zur Politik und Rhetorik der südafrikanischen Regierung einzunehmen, um deren autoritäre und aggressive Haltung zu kritisieren. Als ein notwendiger erster Schritt wurde angesehen, die Gegner der Apartheid, darunter auch die Teilnehmer am bewaffneten Widerstand, zu entdämonisieren. Idasa versuchte somit, eine alternative Perspektive auf den politischen Konflikt in Südafrika aufzuzeigen. Dafür nahm es Gespräche mit den Anführern des ANC im Exil sowie mit der außerparlamentarischen Opposition wie der United Democratic Front (UDF) in Südafrika auf.

In Dakar fand nicht das erste Treffen zwischen dem verbotenen ANC und „weißen“ Südafrikanern statt. Es trafen sich beispielsweise schon vorher im Exil lebende Mitglieder des ANC mit einer Gruppe von Studenten der Universität Stellenbosch und der Universität Kapstadt, die auf einer ökumenischen Studienreise in Zimbabwe unterwegs waren. Die Begegnung fand im Rahmen des vom Ökumenischen Rat der Kirchen organisierten Krisentreffens zur Apartheid in Harare, Zimbabwe, im Oktober 1985 statt. Sie wurde in den Zeitungen in Zimbabwe sowie in den afrikaanssprachigen wie von den englischsprachigen Medien in Südafrika kommentiert. Die Gruppe traf sich mit dem späteren Präsidenten Thabo Mbeki, dem derzeitigen Präsidenten Jacob Zuma und mit Sathyandranath Ragunanan „Mac“ Maharaj, die damals prominente Mitglieder des Exil-ANC waren. Nach ihrer Rückkehr nach Südafrika wurden die Studenten vorübergehend festgenommen und von Sprechern der Regierung verunglimpft. Es wurden Forderungen laut, die Reisepässe der Studenten einzubehalten und diejenigen von der Universität Stellenbosch zwangsweise zu exmatrikulieren. Zu diesen Repressionen kam es jedoch letztendlich nicht.

Die Gespräche der Studenten hatten gezeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gab, sich kennenzulernen, Positionen und Vorstellungen in friedlichen Gesprächen auszutauschen. Es gab danach noch Dutzende weitere ähnliche Begegnungen, vergleichsweise unbedeutende Treffen, und nach den Dakar-Gesprächen noch weitaus mehr. Diese spielen in der öffentlichen südafrikanischen Erinnerungskultur sowie in der Geschichtsschreibung Südafrikas kaum eine Rolle.

Dabei nahmen an den Treffen Geschäftsleute wie Christopher J. W. Ball von der First National Bank, „einfache“ besorgte Bürger, Quäker, andere Anhänger der „parallelen Diplomatie“, Journalisten, religiöse Oberhäupter und später gar Danie Craven, lebende Legende und Ikone im südafrikanischen Rugbysport,

teil. Neueste Recherchen von Professor Mike Savage haben gezeigt, dass es eine große Anzahl solcher (geheimer) Treffen zwischen 1984 und 1990 mit dem ANC sowohl auf dem als auch außerhalb des afrikanischen Kontinents gab.

Was machte Dakar so besonders? Warum ist Dakar ein so wichtiges Thema in diesem Buch? Die Dakar-Konferenz als geplante öffentliche Intervention zur Beeinflussung des politischen Diskurses in Südafrika unterschied sich in zwei Aspekten von den anderen Treffen:

1. Die Dakar-Konferenz war mit sechzig Teilnehmern das größte öffentlich bekannte Treffen mit dem Exil-ANC in jenen dramatischen Jahren. Dazu zählten einerseits weiße afrikaans- und englischsprachige sowie die seinerzeit sogenannten farbigen Südafrikaner (Colours) Prof. Jakes Gerwel, Dr. Franklin Sonn und Randall van den Heever.
2. Das Treffen fand auf afrikanischem Boden statt. Das wurde durch die Kontakte von Frederik Van Zyl Slabbert (Idasa), dem oppositionellen Afrikaans-Schriftsteller Breyten Breytenbach, dem Staatspräsidenten Adbou Diouf von Senegal und der Danielle Mitterand Stiftung sowie einigen anderen ausländischen Finanziers, wie der Friedrich-Naumann-Stiftung aus Deutschland, ermöglicht.

So bedeutend die Dakar-Konferenz auch war, so sollte sie als historisches Ereignis doch nicht überbewertet werden. Sie setzte allerdings ein wichtiges Zeichen zur richtigen Zeit und schrieb so „kleine Geschichte“. Ihre Bedeutung erhielt sie durch die große öffentliche Aufmerksamkeit in den internationalen Medien während und nach dem Treffen. In der südafrikanischen Presse löste sie eine hitzige öffentliche Debatte aus und erregte den Zorn der National Party – besonders den des oft unvermittelt agierenden Präsidenten Pieter Willem Botha und seiner „Falken“ im Sicherheitsrat, wie General Magnus Malan, dem Verteidigungsminister. Die Dakar-Konferenz hatte unbestreitbar, was ihre Bedeutung angeht, ihre Grenzen, war aber ein wichtiges Statement in einer schwierigen Zeit, nicht zuletzt, weil sie in einem afrikanischen, gar in einem westafrikanischen Land stattfand.

Ich würde dieses Treffen von liberal eingestellten Apartheid-Kritikern mit führenden Vertretern der größten südafrikanischen Befreiungsorganisation im Exil als den Versuch einer gezielten Intervention zur Beeinflussung der öffentlichen Debatte in Südafrika definieren. Die Dakar-Konferenz bewies eindrück-

lich, dass Gespräche mit konsequenten Gegnern des Apartheidssystems selbst in einer Atmosphäre extremer innerer Spannungen in Südafrika möglich waren.

Die „weißen“ Teilnehmer des Treffens konnten nicht für sich in Anspruch nehmen, eine politische Partei oder Richtung zu repräsentieren. Sie waren eine heterogene Gruppe von Südafrikanern, die sich in der politischen Krise im Land auf ihre moralischen Überzeugungen berufen konnten. Letztlich verursachte Dakar einen Bruch im bis dahin dominanten Diskurs in Südafrika und schuf Raum für einen Dialog über eine alternative politische Zukunft des Landes. Das Treffen versprach „Gespräche über Gespräche“ und war ein hoffnungsvoller Wegweiser zu einer friedlichen Lösung in einem von einem blutigen Bürgerkrieg bedrohten Land, die einen Machtwechsel von einer Minderheits- zu einer Mehrheitsregierung und eine gemeinsam erarbeitete Verfassung einschloss. Als konzentrierter Versuch eines Dialogs inmitten eines erbittert geführten Konflikts spielte Dakar meines Erachtens eine Rolle als „positive Störung“ des negativ konnotierten öffentlichen Diskurses in Südafrika. Und dafür stellte die politische Führung in Dakar eine Möglichkeit auf afrikanischem Boden zur Verfügung. Bei dem Treffen ging es um einen friedlichen Dialog und darum, ein Beispiel zu geben für die Bedeutung und den Wert von Gedankenaustauschen und selbst heftigen Disputen in konfliktgeplagten Ländern und Gesellschaften, mit dem Ziel, alternative Wege zur Erreichung von Demokratie zu finden.

Sowohl die aus Südafrika angereisten Konferenzteilnehmer als auch die Vertreter des Exil-ANC entschieden sich bewusst dafür, dem Dialog eine Chance auf afrikanischem Boden zu geben, was zugleich – wenn auch unbeabsichtigt – eine Möglichkeit für den Dialog für panafrikanische Verständigung und Kooperation in der Zukunft aufgezeigt hat.

Die beiden Gruppen, die sich in Dakar miteinander trafen, waren sich keineswegs in allen Punkten einig. Das war allerdings auch nicht die Erwartung an das Treffen oder dessen Zweck gewesen. Die aus Südafrika angereisten Teilnehmer stimmten darin überein, dass die Apartheid unhaltbar war, manchen standen ihr mit Abscheu gegenüber und viele glaubten an ein multikulturelles und prinzipiell anti-rassistisches Südafrika. Das Treffen führte zu einem begrenzten Konsens in einigen Themenbereichen und zeigte damit einen Weg aus dem Sumpf des endlosen politischen und sozialen Unfriedens auf.

Der ANC profitierte bezüglich seiner politischen Bedeutung und seiner öffentlichen Wahrnehmung stark von der Dakar-Konferenz. Die Teilnehmer aus Südafrika hatten zunächst nichts davon, sie hatten lediglich ihren Standpunkt deutlich machen können. Allerdings hatte Südafrika als Ganzes gewonnen, nämlich einen weitgehend gewaltfreien Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft, wenn wir davon ausgehen, dass die verfassungsmäßige Demokratie im Land auch zukünftig erhalten bleibt.

Um aus der Pressemitteilung der Dakar-Konferenz einige wichtige Punkte zu zitieren, die vom ANC und den Konferenzteilnehmern herausgegeben wurde: „Conference unanimously expressed preference for a negotiated resolution of the South African question“ (Punkt 8). In Punkt 10 machten sie deutlich: “It was accepted between the two delegations that more such contacts were necessary and should involve more and wider sections of South African people in order to dispel misunderstanding and fear”. Dieser zehnte Punkt ist im Übrigen noch heute relevant in Südafrika und in jeder Gesellschaft, die mit internen Spannungen, sozioökonomischen Herausforderungen und Krisen oder gar mit internen gewaltsamen Konflikten konfrontiert ist. Deshalb hat auch die Dakar-Konferenz noch heute Bedeutung: Sie ist Beleg dafür, dass ein Dialog ein gangbarer politischer Weg zu Alternativen sein kann.

Und nach der Konferenz? Vielleicht spielte Dakar eine gewisse Rolle dabei, den Kontext für die spätere Harare-Deklaration des ANC von 1989 zu schaffen. Die Harare-Deklaration als eine „grobe konstitutionelle Richtlinie (für weitere Gespräche)“ betonte die Notwendigkeit einer gemeinsam erarbeiteten Verfassung sowie von Gesprächen über weitere zu führende Gespräche. Das implizierte einen Übergang von einer autoritären Führung hin zu einem auf einer demokratischen Verfassung beruhenden Staat, in dem jeder Einwohner das Wahlrecht, gleiche Bürgerrechte und die vollen Menschenrechte besitzt. Als Symbol sind die Dakar-Konferenz und der anschließende Dialog wohl deshalb vor allem bedeutsam, weil sie aufzeigen, was Bürgerrechte und Demokratie ausmachen.

Dakar war kein Allheilmittel. Es war lediglich ein kleiner Schritt in einem bestimmten politischen Kontext. Es war ein durchaus menschlicher Versuch, die öffentliche Diskussion in Richtung zu Verhandlungen und der Erringung eines auf einer Verfassung beruhenden demokratischen Staates zu lenken.

Auf einer anderen Ebene war und ist die Konferenz auch eine Mahnung in der Weise, dass der Kampf um Demokratie auch in ihrer Bewahrung und Förderung besteht, wenn die Befreiung bereits erreicht ist. Nicht zuletzt war die Konferenz ein Moment, in dem politische Gegner sich auf afrikanischem Boden in einem Schwesterstaat trafen, um damit zu beginnen, ihre politischen Konflikte zu lösen und sich trotz der damaligen und darauf folgenden Herausforderungen an dem Aufbau einer humaneren, nicht-rassistischen und auf einer Verfassung beruhenden Gesellschaft zu beteiligen.

Darum geht es in dem Buch *Der Dakar-Prozess – Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika* von Ulrich van der Heyden. Es ist das Ergebnis eingehender Recherchen und Forschungen dieses renommierten Wissenschaftlers. Die Studie ist die langerwartete eingehende Analyse dieses Ereignisses. Südafrika befand sich damals wie heute in einer Krise, auch wenn die damaligen Probleme eine andere Qualität und einen anderen Kontext hatten als die heutigen. Auch diese Art der Krise kann nur, wie in dem Buch anhand der Dakar-Gespräche sowie der Folgekonferenzen aufgezeigt wird, durch intensiven Dialog und Kommunikation gelöst werden, ansonsten führt sie zur Implosion einer Gesellschaft und Zerstörung des sozialen Gefüges.

Dakar setzte mutig auf die Macht des Dialogs gegen den Willen der politisch Herrschenden. Van der Heyden trägt zu diesem Dialog bei, indem er von der Voraussetzung ausgeht, dass der Dakar-Prozess, wie er ihn nennt, damals und vielleicht noch heute dazu beitragen wird, friedlichen Wandel in Südafrika und womöglich darüber hinaus zu erzeugen. Da er in keiner Weise Bestandteil des damaligen Prozesses gewesen war, gelingt es ihm mithilfe der Auswertung eines wichtigen Teils der englisch- und afrikaanssprachigen historischen Quellen, einen weitgehend ausgewogenen Blick auf die durch die Dakar-Gespräche angestoßenen Veränderungen zu werfen. Dazu hat er ebenso die nicht unbedeutenden deutschsprachigen Quellen herangezogen, die einen relativ „neutralen Blick“ auf den Dakar-Prozess erlauben.

Dakar löste mehrere Folgekonferenzen und Gespräche aus, über die es heute verschiedene Bewertungen gibt, falls sie überhaupt noch im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen werden. In seinem Buch geht van der Heyden auch auf sie detailliert und reflektierend ein. Seine Ausführungen enthalten wertvolle Lehren darüber, wie eine aktive Gruppe demokratisch gesinnter Bürger und Institutionen zugunsten der Schaffung einer gesunden Zukunft sich

zusammenfinden und nach einer Lösung der politischen Misere streben kann. Seine Arbeit ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Treffen zwischen politischen Gegnern in Krisenzeiten zu analysieren und zu bewerten.

Prof. Dr. Ian Liebenberg

Director

Center for Military Studies, University of Stellenbosch

· 17 ·

Saldanha, South Africa 14. August 2017

DIE POLITISCHE SITUATION IN SÜDAFRIKA UM DIE MITTE DER 1980ER JAHRE

·18·

Als ab Mitte der 1980er Jahre die weltpolitische Lage sich nicht zuletzt durch die Perestroika-Politik von Michail Gorbatschow zu verändern begann, hatte das eingeleitete Ende des Kalten Krieges auch weitreichende Auswirkungen im Süden Afrikas,¹ wo der Widerstand gegen die menschenverachtende Apartheid immer stärker angewachsen war und zu jener Zeit bereits Massencharakter angenommen hatte. Es wurde zunehmend offensichtlicher, dass der friedliche sowie der gewalttätige Widerstand im Inneren des Apartheidstaates ebenso wie die zunehmende Isolierung des rassistischen Regimes im internationalen politischen System zu schwerwiegenden ökonomischen Problemen führten, die die Existenz des Staates in mittel- bis längerfristiger Sicht bedrohten. Die illegale Besetzung Namibias sowie der sogenannte Grenzkrieg gegen Angola und die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft verschlangen Unmengen an Geldern und kosteten viele Menschenleben.

Wohl am eindrucksvollsten schildert Nelson Mandela in seiner Autobiographie die damalige Lage in seinem Land: „Oliver Tambo und der ANC hatten das Volk Südafrikas aufgerufen, das Land unregierbar zu machen, und das Volk folgte diesem Aufruf. Der Zustand der Unruhe und politischen Gewalt erreichte neue Höhen. Die Massen waren unkontrolliert zornig und die Townships in Aufruhr. Der internationale Druck wuchs von Tag zu Tag. Am 12. Juni 1986 verhängte die Regierung den Ausnahmezustand, um den Protest einzudämmen.“²

Apartheid

In seiner Autobiographie charakterisiert Nelson Mandela diese extreme Form der Rassendiskriminierung wie folgt: „Apartheid war die Kodifizierung aller Gesetze und Vorschriften, die über Jahrhunderte hinweg die Schwarzen gegenüber den Weißen zu einer untergeordneten Position gehalten hatten. Ein Unterdrückungssystem ..., das in seinen Details diabolisch, in seiner Reichweite unentrinnbar und in seiner Macht überwältigend war.“ Und weiter: „Die weiße Vorherrschaft“ sollte „mit aller Härte“ gegenüber „Afrikanern, Farbigen und Indern ... für alle Zeit“ gesichert sein. Dazu seien Gesetze erlassen worden, wonach alle Südafrikaner nach „Rassenzugehörigkeit“ eingeteilt, „Mischehen“ verboten, das begrenzte Wahlrecht für Nichtweiße abgeschafft und strikt getrennte Wohngebiete eingeführt wurden. Damit sei die Hautfarbe das einzige und wichtigste Kriterium zur Bewertung des Einzelnen geworden.“³

Je länger die Regierenden in Pretoria an der Apartheid festhielten, umso deutlicher wurde einigen „weißen“ Intellektuellen, die zu den privilegierten Bürgern des Landes zählten, dass die rassistische Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit kein Dauerzustand sein konnte. Wenn auch vonseiten des südafrikanischen Staates alles daran gesetzt wurde, den inzwischen weltweiten Widerstand gegen die Apartheid nach außen und gegenüber der eigenen Bevölkerung zu verheimlichen oder herunterzuspielen und, wenn dies nicht möglich war, zu diskreditieren, konnte die Regierung nicht verhindern, dass sich immer mehr „Weiße“ für die Ziele der ältesten Befreiungsbewegung auf dem afrikanischen Kontinent, den African National Congress (ANC), interessierten. Von der Regierung gebannt, durfte in Südafrika kein Staatsbürger Kontakte zum ANC aufnehmen bzw. unterhalten.

Bann

Speziell in Südafrika häufig angewandte juristische Bestrafung, die gebannten Personen oder Institutionen eine Reihe von Restriktionen auferlegte und ihnen verbot, in der Öffentlichkeit zitiert oder erwähnt zu werden.

Das war ohnehin nicht einfach, denn diejenigen Führer des ANC, die nicht ins Exil gegangen oder vertrieben worden waren, lebten im Untergrund oder befanden sich wie Nelson Mandela im Gefängnis. Diese Situation beeinflusste den ANC in seinem Ringen um die Beseitigung der international geächteten Rassenpolitik.

Es gab eine starke Gruppierung von ANC-Führungskräften und -Anhängern im Exil, unter denen sich charismatische Führer wie Oliver Tambo, Alfred Nzo und Thabo Mbeki befanden.⁴ Deren Hauptquartier befand sich in Lusaka, der Hauptstadt von Sambia. In London unterhielt der ANC eine große Vertretung, die für Westeuropa zuständig war. In einem Sammelband über die Geschichte des „Southern African Liberation Struggles“ heißt es hierzu: „If Lusaka was one key home in exile, so was London ... a base, network and support structure in the everyday lives of exiles, expatriates, refugees and émigrés ... It was also in London that a series of influential debates occurred about the incorporation of exiles within the ANC...“⁵



Abb. 1. Oliver Tambo wird beim Besuch einer ANC-Delegation in der DDR 1978 von Hermann Axen, dem Sekretär des Zentralkomitees der SED, und dessen Politbüro empfangen.

Unterstützung erhielt der ANC im Ausland im Rahmen internationaler Anstrengungen zur Ächtung des Apartheidregimes zunächst von den Staaten des Ostblocks⁶ – nicht zuletzt von der DDR⁷ – sowie von den Anti-Apartheidbewegungen in Westeuropa⁸ und von den Regierungen in Skandinavien.⁹ Auch in Nordamerika, Japan sowie in afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern setzten sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zivilgesellschaftliche Initiativen sowie kirchliche und zunehmend auch staatliche und politische Institutionen aktiv für die Beseitigung der gesetzlich festgelegten Rassentrennungspolitik im Süden Afrikas ein.¹⁰

In der Anti-Apartheidbewegung in der Bundesrepublik Deutschland engagierten sich insbesondere viele Mitglieder der großen, jedoch vor allem der evangelischen Kirchen, was in den vergangenen Jahren ein neues Forschungsfeld geworden ist.¹¹ Hauptsächlich richteten sich deren Proteste gegen die Wirtschafts-, Finanz- und auch Militärpolitik der Bundesrepublik, die den Apartheidstaat in mannigfacher Weise unterstützte.

In einer deutschsprachigen Biographie über Nelson Mandela wird hervorgehoben, dass der ANC große Hoffnungen in Moskau und Berlin sowie in die

anderen osteuropäischen Verbündeten gesetzt hatte, von denen er nicht nur diplomatische, sondern auch ökonomische und militärische Unterstützung für seinen Anti-Apartheidkampf erwartete und erhielt. Nicht vergessen werden dürfen die Unterstützungen auf sicherheitspolitischem Gebiet, wie oftmals die geheimdienstliche Unterstützung bezeichnet wird, sowie die kostenfreie Ausbildung von Südafrikanern an Universitäten, Hoch- und Fachschulen und in der Berufsausbildung insbesondere in der DDR. Im Gegensatz dazu, so belegte erst kürzlich wieder die deutsche Historikerin und Journalistin Maren Gottschalk, unterhielt die Bundesrepublik als einer der größten Investoren im Land am Kap gute Geschäftsbeziehungen zum Apartheidregime und unterstützte so dessen auf Rassentrennung begründetes Fortbestehen.¹² Allerdings hatten die zunehmenden internationalen Proteste, jedoch auch der politische Druck im eigenen Land für einen langsamen Sinneswandel bei einigen Politikern der Bundesrepublik gesorgt. So förderte die Otto Benecke Stiftung, die sich die Unterstützung von Migranten und Exilanten im Land zur Aufgabe gemacht hat,¹³ vermutlich auf persönliche Initiative des FDP-Politikers und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nun auch junge Menschen, die vor der Apartheid in die Bundesrepublik emigriert waren.

Nicht zuletzt durch die von der weltweiten Anti-Apartheidbewegung bewirkten Sanktionen gegen das rassistische Regime verschlang die Aufrechterhaltung der staatlichen Unrechtspolitik immer wieder neue Unsummen Geldes und es drohte schließlich ab Mitte der 1980er Jahre der finanzielle Kollaps des südafrikanischen Staates.

Die internationalen Sanktionen, die gegen die anfällige Ökonomie verhängt worden waren, trugen spätestens ab Mitte der 1980er Jahre sichtbare Früchte. Selbst die UNO-Vollversammlung verhängte schließlich umfassende, wenn auch rechtlich unverbindliche Wirtschaftssanktionen. Viele Länder schlossen sich dem der Unterstützung des Anti-Apartheidkampfes dienenden Boykott an. Daran nicht beteiligt waren unter anderem die Bundesrepublik¹⁴ und einige Schweizer Banken¹⁵, die ihre jahrelangen guten Geschäftsbeziehungen zum Apartheidstaat selbst in den 1980er Jahren nicht aufgeben wollten.



Abb. 2. Karikatur über die Haltung Großbritanniens gegenüber dem Regime in Südafrika und der Apartheid, erschienen in Sechaba, September 1987.

Selbst immer mehr multinationale Konzerne distanzieren sich von der Politik Pretorias. Das brachte die Wirtschaft des eigentlich an Bodenschätzen reichen Landes in ernsthafte Bedrängnis. Die Probleme in der südafrikanischen Außenwirtschaft wurden schließlich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre so gravierend, dass die Regierung in Pretoria sogar versuchte, zum Ostblock und nicht zuletzt mit der zuvor von ihr verteufelten DDR Handelskontakte aufzunehmen.¹⁶ Vor allem hatte die südafrikanische Regierung den ostdeutschen Staat gemieden, weil dort Kämpfer gegen das Apartheidregime militärisch ausgebildet wurden und die DDR die Frontstaaten durch Waffenlieferungen unterstützte.¹⁷

Frontstaaten

engl. Front Line States. So wurden die souveränen Länder des südlichen Afrikas bezeichnet, die sich seit 1974 in den bewaffneten Befreiungskämpfen der Region engagierten und die geographisch an die Länder angrenzten, in denen diese Kämpfe stattfanden.

· 23 ·

Dem staatlich verordneten Rassenwahn kritisch gegenüberstehende weiße Intellektuelle im Land am Kap – neben englischstämmigen, oftmals über liberale Traditionen¹⁸ verfügende Südafrikaner waren dies vor allem burischstämmige Geschäftsleute und Künstler des Landes, die gemeinhin als Afrikaner-Intelligentsia bezeichnet werden – sahen nur einen Ausweg aus der Misere, die sich im Innern durch Massenproteste, jedoch ebenso durch immer heftigere gewaltsame Attacken des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto We Sizwe,¹⁹ manifestierte.

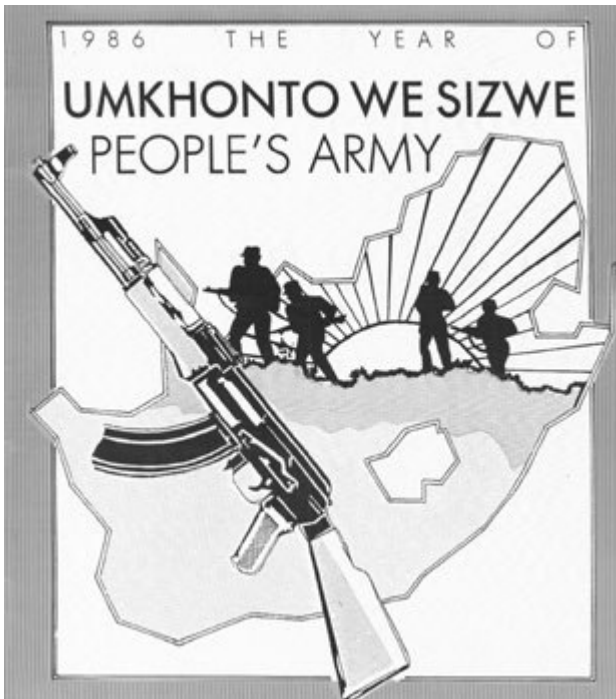


Abb. 3. Plakat von Umkhonto We Sizwe, 1986.